

Der Kantonsrat hat den Staatsvoranschlag für das Jahr 2016 verabschiedet

Eine schwierige Geburt

Das Parlament machte seinem Namen alle Ehre und debattierte zwölf Stunden über das Budget 2016. Mit dem Resultat ist niemand vollends zufrieden, die Rufe nach dem Referendum werden wieder laut.

■ Romina Loliva

Es kam gegen 23 Uhr auf die Welt: das Budget 2016. Als Kantonsratspräsident Peter Scheck (SVP) nach acht Stunden auch noch eine Abendsitzung ankündigte, war es klar, dieses Budget wird bis zum Ende beraten und verabschiedet. Koste es was es wolle.

Gekostet hat es rund 30'000 Franken an Sitzungsgeld. Der Voranschlag des Kantons wurde mit einem Defizit von 16 Millionen genehmigt. Gleichzeitig soll der Kanton sparen; ESH4 befindet sich noch mitten in der Beratung und wurde in der gestrigen Budgetdebatte zur Gretchenfrage: Wie soll ein Budget verhandelt werden, wenn noch nicht klar ist, welche Sparmassnahmen tatsächlich zum Tragen kommen?

Eine endgültige Antwort hatte niemand,

dafür kamen allerhand Vorschläge zur Sanierung der Schaffhauser Finanzen, und nach zwölf Stunden Debatte war es endlich soweit. Der Kantonsrat verabschiedete den Staatsvoranschlag mit 34 zu 17 Stimmen. Die Erhöhung des Steuerfusses um drei Prozent und eine minimale Lohnentwicklung für das Staatspersonal wurden angenommen, viele Anträge der Linken, die einige Sparmassnahmen im Bildungs- und Sozialbereich eindämmen sollten, aber abgeschmettert. Zudem sprach der Kantonsrat 250'000 Franken Überbrückungskredit für die Tourismusorganisation und genehmigte eine pauschale Kürzung von fünf Millionen Franken, ein Novum für Schaffhausen.

Das Referendum droht

Das Budget 2016 löst allerdings bei allen Parteien gemischte Gefühle aus. Richtig verärgert ist Marcel Montanari (JFSH), der das Referendum in Erwägung zieht: «Dieses Budget ist nicht vertretbar. Die Steuererhöhung und die Lohnerhöhung sind für mich nicht akzeptabel. Zusammen mit den Sparmassnahmen ist es wieder die selbe Kombination, die vom Volk letztes Jahr abgelehnt wurde. Wir müssten andere Optionen prüfen, doch der Kantonsrat wird von rechts und links blockiert.»

Vor einem Jahr war es die SP, die aufgrund der Sparwut der Bürgerlichen das Referendum ergriffen und dann auch gewonnen hatte. Nach dem Referendum kippte der bürgerlich dominierte Kantonsrat aber Lohn- und Steuermassnahmen wieder aus dem Budget. Werner Bächtold, Präsident der SP und Kantonsrat, hält dieses Mal wenig von einer Volksabstimmung und kommentiert: «Man muss sich sehr gut überlegen, was ein solches Referendum bezweckt.» Bächtold ist vorläufig zufried-

den und begrüsst die temporäre Anhebung des Steuerfusses, die einen substantiellen Beitrag zur Entlastung bedeute. Über das Engagement der Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel (SVP) bezüglich Lohnerhöhung ist er erfreut: «Sie hat sich stark eingesetzt und die Lohnerhöhung mit klaren Fakten untermauert, das hat womöglich einige Bürgerliche überzeugt.» Auch GPK-Präsident Patrick Strasser (SP) kann sich mit dem Ausgang der Debatte anfreunden, obwohl sich die fünf Millionen-Kürzung seiner Meinung nach als Luftschloss erweisen könnte: «Inwiefern die Regierung diesen Auftrag überhaupt umsetzen kann, wird sich zeigen.»

Weniger begeistert ist Susi Stühlinger (AL), die die Pauschalkürzung als «Ausbeutung der Demokratie» bezeichnet: «Die Bürgerlichen sind zu feige und haben gemerkt, dass sie sich mit einzelnen Sparanträgen unbeliebt machen. Sie schieben nun die Verantwortung auf die Regierung ab.» Für das Referendum hat Stühlinger nicht viel übrig: «Es hat sich gezeigt, dass das Referendum kein taugliches Instrument zur Beeinflussung des Budgets darstellt.»

Auf bürgerlicher Seite wird das Budgetreferendum hingegen nicht gänzlich ausgeschlossen. Jeanette Storrer, Präsidentin der FDP-Fraktion, möchte sich nicht festlegen: «Wir hatten noch keine Zeit, um uns mit der Frage auseinanderzusetzen, die Lohnerhöhung bei gleichzeitiger Steuererhöhung um drei Prozent ist aber äusserst stossend.» Andreas Gnädinger, Präsident der SVP-Fraktion, schlägt in die gleiche Kerbe, und obwohl er selbst weniger Sympathien für das Referendum hat, meint er: «In der SVP gibt es sicherlich Leute, die sich für das Referendum aussprechen.»



Marcel Montanari schreitet zur Tat und will das Referendum ergreifen. Foto: Peter Pfister